

Europawahl

26.05.2019



Wahlprüfsteine

Zusammengestellt von:



VIelfalt LeBEN
QUEERWEG
VEREIN FÜR THÜRINGEN e. V.

Inhalt

Einführung	2
Unsere Fragen zur Europawahl 2019	3
CDU	5
SPD	5
DIE LINKE	15
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	19
AfD	24
FDP	27
PIRATEN	33
Zusammenfassung	38

Einführung

Wie zuletzt anlässlich der Bundestagswahl 2017 haben wir in diesem Jahr die *wichtigsten* Parteien angeschrieben, die in Thüringen zur **Europawahl am 26. Mai 2019** antreten. Wir haben sie zu Ihren politischen Zielen und Standpunkten hinsichtlich diverser Themen befragt, die *lesbische, schwule, transidente/transsexuelle, intergeschlechtliche und queere* Menschen* (LSBTTIQ*) betreffen. Wir sind der Meinung, dass LSBTTIQ*-Themen auf der Ebene der Europäischen Union hohe Relevanz besitzen – zumal sich die internationale politische Lage in den letzten Jahren spürbar verändert hat und viele Beobachter*innen davon ausgehen, dass von den anstehenden EU-Wahlen richtungsweise Impulse ausgehen werden, auch was die Diversität, die Pluralität, die Teilhabe und die Lebensbedingungen von LSBTTIQ* anbetrifft. Europa geht uns alle an! Was die Parteien im Einzelnen dazu meinen, könnt Ihr auf den folgenden Seiten nachlesen. Wir haben jeweils die Thüringer Landesverbände der Parteien angeschrieben. Antwort erhielten wir von SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, und PIRATEN. Keine Antwort erhielten wir von der CDU.

Verschickt haben wir unsere Fragen im Frühjahr 2019. Für die Beantwortung haben sich die Parteien sehr unterschiedlich Zeit gelassen, so dass für die Fertigstellung unserer Broschüre wenig Zeit blieb. Wir haben uns diesmal dagegen entschieden, besonders ausführliche Antworten zu kürzen – so könnt ihr noch besser zwischen den Parteien vergleichen. In jedem Fall handelt es sich bei den Antworten um *Originalzitate* der Parteien. Wir kommentieren diese nicht; selbst dann, wenn ein auffälliger Widerspruch besteht zwischen den schriftlichen Antworten und einigen problematischen und bedenklichen Verlautbarungen führender Vertreter*innen bestimmter Parteien zu LSBTTIQ*, Homosexualität und Transidentität an anderer Stelle. Lest also bitte auch zwischen den Zeilen... und urteilt selbst! **Diese Broschüre ist unter www.queerweg.de (→Projekt→Wahlprüfsteine) online als PDF abrufbar.**

Unsere Fragen zur Europawahl 2019

1. Wird sich Ihre Partei für die **Anerkennung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare bzw. der Eingetragenen Lebenspartnerschaft** in allen EU-Ländern einsetzen?
2. Welche **Verbesserungen für Regenbogenfamilien** auch hinsichtlich der Unterstützung zur Gründung solcher plant Ihre Partei auf EU-Ebene?
3. Unterstützt Ihre Partei Pläne, in die EU-Rechtsvorschriften ein ausdrückliches **Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung** aufzunehmen?
4. Unterstützt Ihre Partei Initiativen für ein EU-weites **Verbot sogenannter „Konversionstherapien“**, in denen Homosexualität entgegen der Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weiterhin als behandlungsbedürftige Störung oder Krankheit angesehen wird?
5. Welche Maßnahmen zur **Verbesserung der Situation von Trans*- und Inter*-Personen** in der EU strebt Ihre Partei an? Werden Sie sich z.B. für eine Verbesserung von Beratungsangeboten, für die Vereinfachung der Formalitäten zur Personenstandsänderung für Trans*-Personen und für ein EU-weites **Verbot medizinisch unsinniger, geschlechtszuweisender Zwangs-Operationen** bei intersexuellen Kindern einsetzen?
6. Wie wird sich Ihre Partei für einen verbesserten EU-weiten **Schutz von LGBTTIQ*-Personen vor Hassverbrechen** einsetzen?
7. Inwieweit wird sich Ihre Partei auf EU-Ebene für eine **verbesserte gesundheitliche Aufklärung, Prävention und medizinische Versorgung von LSBTTIQ*** einsetzen (Z.B. auch: HIV- und HEP-Therapien, Zugang zu Verhütungsmitteln und Medikamenten, Suchtprävention)?

8. Welche EU-weiten Maßnahmen zur **Förderung der Akzeptanz von Vielfalt** der Geschlechteridentitäten und der sexuellen Orientierungen plant Ihre Partei **in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und Kultur**?
9. Inwieweit wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die EU stärker Ihren Einfluss nutzt, um die **Situation von LSBTTIQ* weltweit** zu verbessern und z.B. gegen Menschenrechtsverstöße, systematische Diskriminierung oder die Verhängung der Todesstrafe usw. vorzugehen?
10. Wie plant Ihre Partei die **Aufnahme, die Anerkennung, die Integration und den Schutz von geflüchteten bzw. asylsuchenden LSBTTIQ* in der EU zu verbessern**? Wie stehen Sie diesbezüglich zur Frage „sicherer Drittländer“, z.B. in Afrika, wo Homosexuelle und Trans* in starkem Maß von Diskriminierung betroffen sind und aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung kriminalisiert und verfolgt werden?
11. Welche **weiteren Maßnahmen** zur Verbesserung der Situation von LSBTTIQ* auf EU-Ebene plant Ihre Partei?

CDU

–

SPD

1. Wird sich Ihre Partei für die Anerkennung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare bzw. der eingetragenen Lebenspartnerschaft in allen EU-Ländern einsetzen?

Ja, wir wollen, dass trans- und intergeschlechtlichen Menschen in ganz Europa auch rechtlich anerkannt werden. Deshalb war es wichtig, dass wir 2018 die Reform im Melde- und Personalausweisrecht durchgesetzt haben: Sowohl das Geburtenregister, wie auch im Personalausweis kann daher jetzt neben „männlich“ und „weiblich“ auch „divers“ offiziell eingetragen werden.

Die S&D-Fraktion begrüßt, dass LGBTIQ-Familien nun teilweise unter die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte fallen, wonach gleichgeschlechtliche Paare, die in stabilen Beziehungen leben, als Familie anzusehen sind. Sie können nun nicht mehr von den Rechten ausgeschlossen, auch nicht im Falle einer Adoption.

Während die Definition materieller Familienrechtsnormen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, wirken sich mehrere EU-Rechtsakte auf die Rechte der Familien von EU-Bürgerinnen und –Bürger sowie Gebietsansässigen aus. Um sicherzustellen, dass bestehende Ehen und anerkannte Lebenspartnerschaften nicht an den Grenzen gelöst werden und Familien (einschließlich Kinder) in der Schwebelage gelassen werden, und um diskriminierende rechtliche und administrative Hindernisse für Bürgerinnen und Bürger, die ihr Recht auf Freizügigkeit ausüben, zu beseitigen, fordern wir die gegenseitige Anerkennung von Personenstandsunterlagen (einschließlich Ehe und eingetragener Partnerschaft) und die Anerkennung ihrer Rechtswirkungen. Dasselbe sollte auch für weitere Bereiche der EU-Zuständigkeit gelten, wie Familienzusammenführung und Elternurlaub nach der Geburt.

2. Welche Verbesserungen für Regenbogenfamilien auch hinsichtlich der Unterstützung zur Gründung solcher plant Ihre Partei auf EU-Ebene?

(siehe auch Frage 1)

Wir fordern die gegenseitige Anerkennung und freier Verkehr von Personenstandsunterlagen aller Personen, Paare und Familien (auch durch Eheschließung und eingetragene Partnerschaften, rechtliche Geschlechtsumwandlungen sowie Adoptions- und Geburtsurkunden) unabhängig von der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität, um ihr gleiches Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt innerhalb der EU zu gewährleisten.

3. Unterstützt Ihre Partei Pläne, in die EU-Rechtsvorschriften ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung aufzunehmen?

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Europäische Kommission wiederholt aufgefordert, ihre Kompetenzen unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Europarates zur Bekämpfung der Diskriminierung von LSBTIQ-Personen in der EU in vollem Umfang zu nutzen. Wir fordern, dass der lang erwartete Abschluss des EU-Rechtsrahmens zur Bekämpfung von Diskriminierungen unverzüglich umgesetzt wird.

Der Rat muss die Verhandlungen endlich freigeben und den Vorschlag für eine Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (Gleichbehandlungsrichtlinie) annehmen, den die Kommission 2008 vorgelegt hat. Die Mitgliedstaaten sollten den Verhandlungsstrategien, die den Anwendungsbereich der Richtlinie schwächen, ein Ende setzen.

Die Kommission muss der Überwachung und Durchsetzung der LGBTI-relevanten Rechtsvorschriften, wie der Richtlinie über die Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf und den Richtlinien über die Gleichstellung der Geschlechter beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen sowie zur Beschäftigung, die auch die Transgender vor Diskriminierung schützen (auf der Grundlage der Erweiterung der Geschlechtereigenschaften durch den EuGH), besondere Aufmerksamkeit schenken. Es sind Leitlinien für die Auslegung erforderlich, um den nationalen Behörden klarzumachen, dass die sexuelle Identität vollständig durch die genannten Rechtsvorschriften abgedeckt ist.

Die Kommission muss ihre volle Verantwortung dafür übernehmen, diese Rechtsvorschriften ohne Ausnahme durchzusetzen und Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, wenn die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

4. Unterstützt Ihre Partei Initiativen für ein EU-weites Verbot sogenannter „Konversionstherapien“, in denen Homosexualität entgegen der Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weiterhin als behandlungsbedürftige Störung oder Krankheit angesehen wird?

Die SPD begrüßt die Veröffentlichung der Berichte des Menschenrechtskommissars des Europarates und der Agentur der EU für Grundrechte über die Menschenrechte von Intersexuellen von Mai 2015. Diese Berichte zeigen, dass Intersexuelle in ganz Europa weiterhin in ihren Grundrechten verletzt werden. Es ist an der Zeit, dass die Europäische Kommission handelt. Die Anerkennung des rechtlichen Geschlechts einer Person unterliegt der Regelung der nationalen Zuständigkeit. In der EU stellen heute jedoch 13 Mitgliedstaaten Anforderungen an Transsexuelle wie medizinische Interventionen, um das veränderte Geschlecht (auch in Pässen und amtlichen Ausweisen) anerkennen zu lassen, und Zwangssterilisation als Voraussetzung für eine Geschlechtsumwandlung. Solche Anforderungen sind eindeutig Menschenrechtsverletzungen. Auf der Grundlage der Entscheidungen des EGMR fordern wir,

- dass die Mitgliedstaaten die Geschlechtsumwandlung anerkennen und Zugang zu schnellen, zugänglichen und transparenten Verfahren zur rechtlichen Anerkennung von Geschlechtern gewähren, ohne medizinische Anforderungen, wie Operation oder Sterilisation oder psychiatrische Zustimmung. Die Entscheidung darf nur auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Person erfolgen. Transgender müssen ihr neues Geschlecht rückwirkend und unter voller Achtung ihrer Privatsphäre in offiziellen Dokumenten anerkannt bekommen.
- dass die Mitgliedstaaten medizinische Versorgung und Gesundheitsversorgung anbieten, die den Bedürfnissen der Einzelnen nachkommt und Patienten nicht aufgrund von Geschlechterstereotypen vorverurteilt.
- dass die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten Leitlinien über die besten Gesetzesmodelle zur rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter in Europa zur Verfügung stellen soll.

Die SPD hat in den letzten Jahren sowohl im Europarat als auch im Europäischen Parlament zu klaren Positionen in dieser Frage beigetragen. Unter sozialdemokratischen Regierungen sind Länder wie Spanien, Portugal, Dänemark, Malta und Irland zu Vorreitern bei der vollständigen Einhaltung dieser Grundsätze geworden.

Wir werden weiterhin Druck auf die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausüben, damit in Richtung Deklassifizierung von Transgenderismus als psychische Erkrankung in der Internationalen Statistischen Klassifikation von Krankheiten und damit zusammenhängenden Gesundheitsproblemen. Wir wollen, dass diejenigen Zugänge zu transspezifischen Gesundheitsdiensten haben, die ihn benötigen.

5. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Trans*- und Inter*-Personen in der EU strebt Ihre Partei an? Werden Sie sich z.B. für eine Verbesserung von Beratungsangeboten, für die Vereinfachung der Formalitäten zur Personenstandsänderung für Trans*-Personen und für ein EU-weites Verbot medizinisch unsinniger, geschlechtszuweisender Zwangs-Operationen bei intersexuellen Kindern einsetzen?

(siehe auch Frage 4)

Die SPD hat in den letzten Jahren sowohl im Europarat als auch im Europäischen Parlament zu klaren Positionen in dieser Frage beigetragen. Unter sozialdemokratischen Regierungen sind Länder wie Spanien, Portugal, Dänemark, Malta und Irland zu Vorreitern bei der vollständigen Einhaltung dieser Grundsätze geworden.

Wir werden weiterhin Druck auf die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausüben, damit in Richtung Deklassifizierung von Transgenderismus als psychische Erkrankung in der Internationalen Statistischen Klassifikation von Krankheiten und damit zusammenhängenden Gesundheitsproblemen. Wir wollen, dass diejenigen Zugänge zu transspezifischen Gesundheitsdiensten haben, die ihn benötigen.

6. Wie wird sich Ihre Partei für einen verbesserten EU-weiten Schutz von LGBTTIQ*-Personen vor Hassverbrechen einsetzen?

Wir wollen eine Gesellschaft, in der es selbstverständlich ist, dass alle Menschen lieben dürfen, wen sie wollen, und ihre geschlechtsspezifische Identität in der Öffentlichkeit ohne Angst zum Ausdruck bringen können. Die SPD hat kontinuierlich gegen Homophobie und Transphobie gekämpft und wir verurteilen auf das Schärfste alle Arten von Hassdelikten und Hassreden gegen LGBTIQ-Bürgerinnen und -Bürger.

Wir fordern daher:

- die Überprüfung des Rahmenbeschlusses des Europäischen Rats zur Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksformen von Rassismus, damit auch Hassverbrechen und Gewalt gegen LGBTI-Personen darunterfallen.
- die vollständige Umsetzung der Verpflichtungen und Instrumente, die sich aus dem Rahmenbeschluss ergeben, und das Ergreifen zusätzlicher positiver Maßnahmen wie Polizeiausbildung, Datenerfassungsmechanismen.
- die Europäische Kommission, die FRA und CEPOL auf, ihre diesbezüglichen Arbeiten zu vertiefen und den Kampf gegen homophobe und transphobe Hassverbrechen und Hassreden in ihre Arbeit zu integrieren.

7. Inwieweit wird sich Ihre Partei auf EU-Ebene für eine verbesserte gesundheitliche Aufklärung, Prävention und medizinische Versorgung von LSBTTIQ* einsetzen (Z.B. auch: HIV- und HEP-Therapien, Zugang zu Verhütungsmitteln und Medikamenten, Suchtprävention)?

Wir wollen ein soziales Europa für alle Bürgerinnen und Bürger, das sich darum kümmert, dass alle Generationen, egal welchen Alters und egal welcher sexuellen Orientierung in Würde leben können. Dazu gehören ein Leben ohne Armut und ein diskriminierungsfreier sowie bezahlbarer Zugang zu guter Pflege und Gesundheitsversorgung. Wie oben beschrieben, setzen wir uns dafür ein, dass endlich die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie verabschiedet wird. Damit würden auch für den Gesundheitsbereich ein gesetzlicher Rahmen für die Herstellung von Chancengleichheit bei Gesundheitsförderung, Prävention, Versorgung, Rehabilitation und Pflege. Dafür braucht es die geschlechtsbezogene Betrachtung der Ursachen von ungleichen Gesundheitschancen und die geschlechtsspezifische Verringerung derselben. Es ist deshalb sehr wichtig, den geschlechtsspezifischen Besonderheiten umfassend Rechnung zu tragen. Gesundheitspolitik muss dafür sorgen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen dies in allen Versorgungsbereichen möglich machen. Geschlechtsspezifische Besonderheiten müssen bei allen Gesetzgebungsvorhaben mitgedacht und berücksichtigt werden.

8. Welche EU-weiten Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz von Vielfalt der Geschlechteridentitäten und der sexuellen Orientierungen plant Ihre Partei in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und Kultur?

Trotz der Aufforderung des Europäischen Parlaments im Jahr 2015 an die Mitgliedstaaten, Homophobie und Transphobie in Schulen zu bekämpfen, sind LGBTIQ-Jugendliche immer noch mit Mobbing, Belästigung und Diskriminierung konfrontiert. Darüber hinaus blockieren einige Länder aktiv den Zugang zu LGBTIQ-Inklusivressourcen für Minderjährige durch „Anti-Schwulen-Propagandagesetze“ wie in Lettland oder durch die Aufhebung von Initiativen zur Schaffung eines integrativeren Schulumfelds für LGBTIQ-Schüler (siehe beispielsweise den jüngsten Druck der polnischen Regierung, den Regenbogen-Freitag abzusagen). Obwohl Bildung nicht in die Zuständigkeit der EU fällt, hat die EU, nicht zuletzt auf Druck der sozialdemokratischen Abgeordneten, dazu beigetragen, den Austausch bewährter Praktiken zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern und sollte dies auch weiterhin tun.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind zudem Mitglied der europäischen Plattform ALLofUS die die „Anti-Gender-Bewegung“ anprangert, einen Austausch fördert und Initiativen im Bildungsbereich unterstützt: <https://www.facebook.com/JoinALLofUs/>

9. Inwieweit wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die EU stärker Ihren Einfluss nutzt, um die Situation von LSBTTIQ* weltweit zu verbessern und z.B. gegen Menschenrechtsverstöße, systematische Diskriminierung oder die Verhängung der Todesstrafe usw. vorzugehen?

Die EU muss ihre Werte der Achtung der Menschenrechte und Grundrechte von LGBTIQ-Personen auch bei der Zusammenarbeit mit Drittländern anwenden. Die Verpflichtungen der EU in Bezug auf das Asylrecht müssen von den Mitgliedstaaten vollständig durchgesetzt werden.

Die SPD fordert daher:

- Die EU-Mitgliedstaaten müssen ihrer rechtlichen Verpflichtung nachkommen, die Verfolgung aufgrund der sexuelle Orientierung und geschlechtsspezifischer Identität als Fluchtgründe im Asylverfahren zu er-

kennen und anzuerkennen. Asylentscheiderinnen und -entscheider müssen hierfür genauso wie Dolmetscherinnen und Dolmetscher entsprechend geschult und sensibilisiert werden.

- Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass sie in der Lage sind, die Notwendigkeit besonderer Verfahrens- und Aufnahmegarantien auf der Grundlage der persönlichen Merkmale des Antragstellers anzuerkennen.
- Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass bei Verfahren, die auf dem Konzept des sicheren Drittlandes, dem Konzept des sicheren Herkunftslandes, dem Konzept des Erstankunftslandes oder dem Konzept der Folgeanträge beruhen, die Komplexität der LGBTIQ-bezogenen Ansprüche angemessen wird. Dies erfordert unter anderem eine gründliche Bewertung unter Berücksichtigung der allgemeinen Situation von LGBTIQ-Personen in den betreffenden Staaten.

Darüber hinaus wollen wir, dass die Situation der LGBTIQ-Opfer von Menschenhandel stärker berücksichtigt werden, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität oft zusätzliche Diskriminierungen, Stigmatisierungen und Gewaltdrohungen erfahren. Die Mitgliedstaaten sollen diesen Faktor der Vulnerabilität bei der Durchführung einer individuellen Risikobewertung berücksichtigen, um sicherzustellen, dass die Opfer von Menschenhandel angemessen geschützt und betreut werden. Die Mitgliedstaaten sollen auch eine angemessene Schulung der zuständigen Ermittlungsbeamtinnen und -beamten über die Besonderheiten der LGBTIQ-Opfer sicherstellen, um Hilfsdienste an ihre Bedürfnisse anpassen zu können, die mit Opfern oder potenziellen Opfern des Menschenhandels in Kontakt kommen können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern die Europäische Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, die Frage der LGBTIQ-Rechte in politischen und Menschenrechtsdialogen anzusprechen und das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte zu nutzen, um Organisationen zu unterstützen, die LGBTIQ-Rechte verteidigen. Dies sollte geschehen, indem sie befähigt werden, homophobe und transphobe Gesetze und die Diskriminierung von LGBTIQ-Personen in Frage zu stellen und die Öffentlichkeit für die Diskriminierung und Gewalt zu sensibilisieren, die Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten erfahren. Diese Ziele müssen erreicht werden durch:

- diplomatische Bemühungen der EU-Delegationen und der Mitgliedstaaten im Ausland zur Abschaffung von Rechtsvorschriften, die zur Diskriminierung, Verfolgung und Bestrafung von Menschen allein wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtsspezifischen Identität beitragen
- Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen
- Einbeziehung der LGBTI-Rechte in die Länderstrategien der Menschenrechte.

Wir fordern die EU auf, die Menschenrechte und die Situation der LGBTIQ-Bevölkerung in alle außenpolitischen Maßnahmen einzubeziehen, auch in Handelsabkommen und anderen Bereichen wie Beitritts- und polizeiliche Zusammenarbeit und Abkommen zur Visaliberalisierung. Wir bestehen darauf, dass der Grundsatz der Konditionalität in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte bei Abschluss solcher Abkommen angewandt wird.

10. Wie plant Ihre Partei die Aufnahme, die Anerkennung, die Integration und den Schutz von geflüchteten bzw. asylsuchenden LSBTTIQ* in der EU zu verbessern? Wie stehen Sie diesbezüglich zur Frage „sicherer Drittländer“, z.B. in Afrika, wo Homosexuelle und Trans* in starkem Maß von Diskriminierung betroffen sind und aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung kriminalisiert und verfolgt werden?

Wir wollen, dass in allen Mitgliedsstaaten im Asylverfahren gilt: Diejenigen, die in Europa Schutz suchen, weil sie in ihrer Heimat aufgrund ihrer sexueller Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden, müssen grundsätzlich als Asylbewerber und Asylbewerberinnen anerkannt werden.

LGBTIQ-Personen werden weltweit verfolgt. Immer noch wird in sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität nicht als Fluchtgrund akzeptiert. Nur 13 Mitgliedstaaten erlauben Ansprüche auf der Grundlage der Geschlechtsidentität, und nur zwei Mitgliedstaaten auf Grundlage von Geschlechtsmerkmalen. LGBTIQ-Personen, die in der EU Zuflucht suchen, stehen vor besonderen Herausforderungen (z.B. Zugang zu sicheren Unterkünften), die in der gesamten EU nicht einheitlich erfüllt werden. Die Richtlinie über die Aufnahmebedingungen, der Umsiedlungsrahmen und die Qualifikationsrichtlinie sind Schlüsseldokumente für die Rechte von LGBTI-Asylsuchenden und Flüchtlingen. Die sozialdemokratische-Fraktion im Europäischen Parlament hat es in diesen Gesetzgebungsprozessen und in den Texten geschafft, LGBTIQ-Personen an

zentralen Stellen zu berücksichtigen und ihren besonderen Schutz und ihre Vulnerabilität betont. Wir fordern jetzt vom Europäischen Rat, dass er diese Vorschläge zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems übernimmt.

Zudem haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns in Bezug auf die Frage der Schaffung legaler Migrationswege vor allem mit den „Humanitären Visa“ befasst und diese Frage im Europäischen Parlament auf die Tagesordnung gebracht. Im Dezember 2018 haben wir erreicht, dass das Europäische Parlament unseren Vorschlag für ein einheitliches humanitäres Visa-System beschlossen hat. Nun ist es an der EU-Kommission, einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, damit Personen, die internationalen Schutz suchen, künftig auch bei einer EU-Botschaft oder einem Konsulat ein humanitäres Visum beantragen können.

11. Welche weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von LSBTTIQ* auf EU-Ebene plant Ihre Partei?

LGBTIQ-Rechte sind Menschenrechte: Nach internationalen Menschenrechtsstandards ist jede Nation verpflichtet, alle lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intersexuellen Menschen (vor Folter, Diskriminierung und Gewalt) zu schützen. In der Europäischen Union sehen die Europäischen Verträge und die Charta der Grundrechte der EU den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, den Schutz der Rechte von Minderheiten und eine Rechtsgrundlage für die Bekämpfung von Diskriminierung vor.

Es ist eine Priorität für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, diese Prinzipien voranzutreiben. LGBTIQ-Bürgerinnen und -Bürger sollen in allen Lebensbereichen effektiv die gleichen Rechte, Pflichten und Möglichkeiten sowie das gleiche Schutzniveau wie jede andere Person in der EU genießen. So achten wir darauf, dass LGBTIQ-Rechte in jeglichen Gesetzesentwürfen eingelöst werden. Darüber hinaus haben unsere sozialdemokratischen Mitglieder der „LGBTI Intergroup“ in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Auf diese Weise stellte die Intergroup viele offizielle Anfragen bezüglich der Rechte von LGBTI-Personen an die Kommission, den Rat und andere EU-Institutionen. Außerdem organisierte sie seit ihrem Bestehen mehr als 60 Konferenzen und Seminare, um sich vor allem mit Expert*innen und der Zivilgesellschaft auszutauschen.

Völlig egal, mit welcher sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität: Jeder Mensch hat das universelle Recht auf Respekt, Anerkennung und

ein Leben ohne Diskriminierung und Gewalt. Die Gleichbehandlungsrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen und queeren Menschen (LSBTIQ) werden wir weiter stärken.

Unsere europapolitischen Prioritäten spiegeln sich zuletzt im „Lunacek-Bericht“ wider, der in auslaufenden Legislaturperiode vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Die Europäische Kommission hat hierauf eine Liste von Maßnahmen zur Förderung der LSBTIQ-Gleichstellung erstellt. Sie ist bisher nur ein guter Ausgangspunkt und entspricht noch nicht der Maßnahmen, die die SPD für ihre LSBTIQ-Gleichheitsstrategie seit langem fordern.

Deshalb wollen wir eine ehrgeizigere EU Gesetzgebungsagenda, die gleiche Rechte und Chancen garantiert und die LSBTIQ-Rechte in allen Bereichen schützt. Damit soll auch ein Gegengewicht gegen „Anti-Propaganda“-Gesetze in einzelnen Mitgliedsstaaten gesetzt werden, die Diskriminierung und Hass gegen LSBTIQ-Menschen befördern.

Die Europäische Kommission wurde bereits wiederholt von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aufgefordert, ihre Kompetenzen unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Europarates zur Bekämpfung der Diskriminierung von LSBTIQ-Personen in der EU in vollem Umfang zu nutzen. Wir wollen erreichen, dass die Kommission die Durchsetzung der LSBTIQ-relevanten Rechtsvorschriften endlich besser überwacht. Das sind u.a. die Richtlinie über die Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf und die Richtlinien über die Gleichstellung der Geschlechter beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen sowie zur Beschäftigung, die auch Transgender-Personen vor Diskriminierung schützen (auf der Grundlage der Erweiterung der Geschlechtereigenschaften durch den EuGH). Es sind Leitlinien für die Auslegung erforderlich, um den nationalen Behörden klarzumachen, dass die sexuelle Identität vollständig durch die genannten Rechtsvorschriften abgedeckt ist.

Die Kommission muss ihre volle Verantwortung dafür übernehmen, diese Rechtsvorschriften ohne Ausnahme durchzusetzen und Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, wenn die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen uns auch weiter über die fraktionsübergreifende „LGBTI Intergroup“ im Europäischen Parlament für die Rechte von homo- und bisexuellen Menschen und von Transgender- und Intersex-Personen stark machen.

DIE LINKE

1. Wird sich Ihre Partei für die Anerkennung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare bzw. der Eingetragenen Lebenspartnerschaft in allen EU-Ländern einsetzen?

DIE LINKE setzt sich ein gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung. Dazu gehört, die Ungleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften in Europa zu überwinden. In diesem Sinne steht DIE LINKE für die Anerkennung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Wir wollen, dass vielfältige Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden und setzen uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz und für soziale Gleichheit in den Lebensbedingungen ein.

2. Welche Verbesserungen für Regenbogenfamilien auch hinsichtlich der Unterstützung zur Gründung solcher plant Ihre Partei auf EU-Ebene?

DIE LINKE setzt in ihrem Europawahlprogramm klar auf die Stärkung von Kinderrechten und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Eine eigenständige Kindergrundsicherung, die jedes Kind und jeden Jugendlichen vor Armut schützt sowie kostenfreie Bildung, Betreuung und Gesundheitsversorgung unterstützen auch Regenbogenfamilien und ihre Kinder.

DIE LINKE steht für die die rechtliche Gleichstellung von vielfältigen Lebensweisen – und das heißt auch, dass Regenbogenfamilien gleichgestellt werden müssen.

3. Unterstützt Ihre Partei Pläne, in die EU-Rechtsvorschriften ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung aufzunehmen?

DIE LINKE will den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes und in das Antidiskriminierungsgesetz aufnehmen. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, braucht es Antidiskriminierungsstellen, ein echtes Klagerecht für Verbände im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz sowie dessen EU-rechtskonforme Ausgestaltung. DIE LINKE tritt da-

für ein, dass die Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) und von der Agentur für Grundrechte der EU in den Mitgliedstaaten der Union umgesetzt bzw. sanktioniert werden.

4. Unterstützt Ihre Partei Initiativen für ein EU-weites Verbot sogenannter „Konversionstherapien“, in denen Homosexualität entgegen der Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weiterhin als behandlungsbedürftige Störung oder Krankheit angesehen wird?

Der Kampf für die Menschenrechte und gegen Diskriminierung von Homosexuellen ist gerade angesichts des Aufschwungs rechter Kräfte zentral. Wir wollen, dass vielfältige Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden und setzen uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz und für soziale Gleichheit in den Lebensbedingungen ein. DIE LINKE wendet sich entschieden dagegen, dass Homosexualität als behandlungsbedürftige Störung oder Krankheit angesehen wird. Wir wollen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung verhindern.

5. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Trans*- und Inter*-Personen in der EU strebt Ihre Partei an? Werden Sie sich z.B. für eine Verbesserung von Beratungsangeboten, für die Vereinfachung der Formalitäten zur Personenstandsänderung für Trans*-Personen und für ein EU-weites Verbot medizinisch unsinniger, geschlechtszuweisender Zwangs-Operationen bei intersexuellen Kindern einsetzen?

Wir unterstützen Trans*Menschen in ihrem Kampf für das Recht auf selbstbestimmte Geschlechtsidentität. Das beginnt damit, Trans*Identitäten nicht mehr als Krankheit zu betrachten, die geheilt werden muss. Das Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes Recht integriert werden. Außerdem fordern wir Beratungs- und Aufklärungszentren für Betroffene und deren Angehörige sowie einen Entschädigungsfonds für Intersexuelle, denen durch geschlechtsangleichende Operationen erhebliches Leid widerfahren ist.

6. Wie wird sich Ihre Partei für einen verbesserten EU-weiten Schutz von LGTTIQ*- Personen vor Hassverbrechen einsetzen?

DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) und von der Agentur für

Grundrechte der EU in den Mitgliedstaaten der Union umgesetzt beziehungsweise sanktioniert werden. Diskriminierung muss in der EU aktiv bekämpft werden, dafür wollen wir die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte stärken und mit mehr Kompetenzen ausstatten. Für geflüchtete LSBTTIQ*-Personen wollen wir eine bedürfnisorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume erreichen. Das Personal in den Unterkünften muss entsprechend besser geschult werden. Initiativen geflüchteter Frauen, von Lesben, Schwulen, Trans* und Intergeschlechtlichen wollen wir stärken.

7. Inwieweit wird sich Ihre Partei auf EU-Ebene für eine verbesserte gesundheitliche Aufklärung, Prävention und medizinische Versorgung von LSBTTIQ* einsetzen (Z.B. auch: HIV- und HEP-Therapien, Zugang zu Verhütungsmitteln und Medikamenten, Suchtprävention)?

Wir wollen, dass jeder Mensch in der EU ein Recht auf universelle Gesundheitsversorgung und Zugang zu gut ausgestatteten, barrierefreien und gemeindenahen Gesundheitsleistungen hat, auch in ländlichen Regionen. Zugang zu guter Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und muss gegen Markt, Kürzungen und Profitinteressen durchgesetzt werden.

Im Sinne unserer Zielstellung, dass vielfältige Lebensweisen, geschlechtliche Identitäten oder sexuelle Orientierungen rechtlich gleichgestellt werden und wir dafür die gesellschaftliche Akzeptanz und die soziale Gleichheit voran bringen wollen, gilt dies natürlich auch für LSBTTIQ* und ihre Bedarfe.

Im Bereich der Suchtprävention fordert DIE LINKE, dass die EU in ihren Mitgliedstaaten Maßnahmen unterstützt, die auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung von Drogen setzen.

8. Welche EU-weiten Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz von Vielfalt der Geschlechteridentitäten und der sexuellen Orientierungen plant Ihre Partei in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und Kultur?

Wir fordern ein EU-weites Förderprogramm für Bildungsarbeit gegen Sexismus, Homo- und Trans*feindlichkeit, das Initiativen von Betroffenen stärkt und schulische wie außerschulische Bildungsarbeit fördert. DIE LINKE steht dafür, dass europaweite Programme finanziell gestärkt werden, die Mittel für

Initiativen und Projekte gegen Rassismus und andere Formen der Diskriminierung bereitgestellt werden.

9. Inwieweit wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die EU stärker Ihren Einfluss nutzt, um die Situation von LSBTTIQ* weltweit zu verbessern und z.B. gegen Menschenrechtsverstöße, systematische Diskriminierung oder die Verhängung der Todesstrafe usw. vorzugehen?

DIE LINKE unterstützt Forderungen und Prozesse für gleiche Rechte und sexuelle Selbstbestimmung. Dies wollen wir aber keinesfalls militärisch erreichen. Der Ausbau einer »Verteidigungsunion« oder »Militärunion« mit eigenständiger Militärpolitik, eine europäische Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa und der Welt, sondern sichern nur Konzerninteressen militärisch ab. Wir wollen die Militarisierung der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler Gerechtigkeit statt nationaler Standortkonkurrenz.

Wir wollen in so genannten Entwicklungsländern die Zivilgesellschaft fördern. Wir wollen einen europäischen Fonds zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für Demokratie, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit weltweit einsetzen, ihn wollen wir mit substanziellen finanziellen Mitteln ausstatten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich auf die verbindliche Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der »Agenda 2030« der UN verpflichten.

10. Wie plant Ihre Partei die Aufnahme, die Anerkennung, die Integration und den Schutz von geflüchteten bzw. asylsuchenden LSBTTIQ* in der EU zu verbessern? Wie stehen Sie diesbezüglich zur Frage „sicherer Drittländer“, z.B. in Afrika, wo Homosexuelle und Trans* in starkem Maß von Diskriminierung betroffen sind und aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung kriminalisiert und verfolgt werden?

DIE LINKE möchte eine Legalisierungsinitiative und effektive Bleiberechtsregelungen für alle Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus leben. Für sie wollen wir einen sicheren Zugang zu Bildung, Gesundheit und arbeitsrechtlichem Schutz vor Ausbeutung schaffen. An den Grenzen wollen

wir menschenrechtliche Standards schaffen sowie sichere und legale Flucht- und Einreisewege.

Wir wollen eine bedürfnisorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für geflüchtete Frauen und ihre Kinder sowie für Lesben, Schwule und Trans* Menschen. Das Personal in den Unterkünften muss entsprechend besser geschult werden. Initiativen geflüchteter Frauen, von Lesben, Schwulen, Trans* und Inter-geschlechtlichen wollen wir stärken.

Wir wollen in der EU einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau; die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten- oder Herkunftsländer-regelungen wollen wir beenden. Auch das Dublin-System muss ein Ende haben. Alle Schutzsuchenden sollen sich selbst entscheiden können, in welchem Land sie Asyl beantragen wollen.

Ausweisungen und Abschiebungen aus der EU, insbesondere in Krieg, Armut und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnt DIE LINKE ab – im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Die Abgeordneten der Partei haben hier immer geschlossen dagegen gestimmt und werden das auch in Zukunft tun.

11. Welche weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von LSBTTIQ* auf EU-Ebene plant Ihre Partei?

–

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

1. Wird sich Ihre Partei für die Anerkennung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare bzw. der Eingetragenen Lebenspartnerschaft in allen EU-Ländern einsetzen?

Ja. Wir werden uns im Europäischen Parlament für die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften, gleichgeschlechtlicher Ehen und Regenbogenfamilien einsetzen.

2. Welche Verbesserungen für Regenbogenfamilien auch hinsichtlich der Unterstützung zur Gründung solcher plant Ihre Partei auf EU-Ebene?

Die Mobilität von LSBTIQ*-Menschen ist in der Europäischen Union in besonderen Maßen eingeschränkt. In den meisten Mitgliedstaaten werden ihre Ehen und Lebenspartnerschaften zwar anerkannt, aber in einigen Staaten auch weiterhin nicht. Regenbogenfamilien müssen sich vor Antritt einer Reise immer fragen, ob sie als Eltern ihrer Kinder in einem anderen Mitgliedstaat rechtlich anerkannt sind. Das darf nicht sein. Regenbogenfamilien, Lebenspartnerschaften und gleichgeschlechtliche Ehen müssen europaweit anerkannt werden. Dazu gehört die Anerkennung von Geburtsurkunden, Adoptionen und Pflegekindvereinbarungen oder anderen Dokumenten, die den Familienstatus betreffen.

3. Unterstützt Ihre Partei Pläne, in die EU-Rechtsvorschriften ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung aufzunehmen?

Ja. Wir setzen uns dafür ein, dass die nun bereits seit 2008 durch den Rat der EU blockierte Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet wird. Wir fordern, dass der bestehende Vorschlag um die Fragen der Geschlechtsidentität und die sexuelle Orientierung erweitert wird.

4. Unterstützt Ihre Partei Initiativen für ein EU-weites Verbot sogenannter „Konversionstherapien“, in denen Homosexualität entgegen der Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weiterhin als behandlungsbedürftige Störung oder Krankheit angesehen wird?

Ja. Wir wollen die Pathologisierung von LGBTIQ* in ganz Europa beenden. Deshalb sprechen wir uns für ein Verbot von Konversionstherapien aus und setzen uns dafür ein, dass Trans*-Menschen nicht mehr als psychisch krank klassifiziert werden.

5. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Trans*- und Inter*-Personen in der EU strebt Ihre Partei an? Werden Sie sich z.B. für eine Verbesserung von Beratungsangeboten, für die Vereinfachung der Formalitäten zur Personenstandsänderung für Trans*-Personen und für ein EU-weites Verbot medizinisch unsinniger, geschlechtszuweisender Zwangs-Operationen bei intersexuellen Kindern einsetzen?

In Ländern wie Irland, Malta und Dänemark können Trans*-Personen bereits eine Anpassung der Geschlechtszugehörigkeit vornehmen, ohne sich einem entwürdigenden Gutachten zu unterziehen.

Wir wollen, dass in allen EU-Staaten Vornamen- und Personenstandsänderungen durch einen unkomplizierten Verwaltungsakt ermöglicht werden. Eine Geschlechtszugehörigkeit kann schließlich nur von den betreffenden Menschen selbst festgelegt werden. Operationen zur sogenannten „Geschlechtsanpassung und -zuweisung“ an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern wollen wir grundsätzlich verbieten und plädieren für eine dritte Option im Personenstandsrecht.

6. Wie wird sich Ihre Partei für einen verbesserten EU-weiten Schutz von LGBTTIQ*-Personen vor Hassverbrechen einsetzen?

Wir wollen Präventionsprogramme stärken und langfristig absichern, weil sie wichtige Arbeit leisten, um gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit effektiv vorzubeugen. Hass und Hetze finden heute jedoch nicht mehr nur auf der Straße, sondern vermehrt auch im Internet und in sozialen Netzwerken statt. Wir wollen, dass strafbare Meinungsäußerungen schnellstmöglich nach klaren rechtsstaatlichen Kriterien überprüft, gegebenenfalls gelöscht und tatsächlich verfolgt werden. Hierfür wollen wir das bereits heute im EU-Recht verankerte „Notice-and-take-down-Verfahren“ weiter konkretisieren.

7. Inwieweit wird sich Ihre Partei auf EU-Ebene für eine verbesserte gesundheitliche Aufklärung, Prävention und medizinische Versorgung von LSBTTIQ* einsetzen (Z.B. auch: HIV-und HEP-Therapien, Zugang zu Verhütungsmitteln und Medikamenten, Suchtprävention)?

Wir setzen uns für einen zeitgemäßen Umgang mit HIV ein und fordern umfassende Aufklärung und passgenaue Prävention sowie frühe Diagnose, Therapie und Unterstützung statt Stigmatisierung und Ausgrenzung. Dazu gehört auch, das Potenzial der medikamentösen Prophylaxe vor HIV zu nutzen, allgemein PrEP (Präexpositionsprophylaxe) genannt. Studien über unter anderem die Folgen des Langzeitgebrauchs, die Resistenzentwicklung und weitere gesundheitliche Auswirkungen sind notwendig. Wir wollen den zielgruppengenaue Einsatz und die entsprechende Finanzierung prüfen.

8. Welche EU-weiten Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz von Vielfalt der Geschlechteridentitäten und der sexuellen Orientierungen plant Ihre Partei in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und Kultur?

Bildungs- und Jugendpolitik soll Menschenrechte und die Vielfalt sexueller Identitäten stärker berücksichtigen. Auch für bisexuelle junge Menschen wollen wir Angebote schaffen, die ihre gesellschaftliche Situation und persönliche Entwicklung stärken. In den deutschen Landesregierungen haben wir hier auch gegen Widerstände klare Akzente gesetzt, zum Beispiel mit den Bildungs- und Aktionsplänen in vielen Bundesländern. Wir fordern, dass die EU-Mitgliedstaaten den Austausch von bewährten Erfahrungen aus der Umsetzung von Bildungsprogrammen, die die Gleichstellung aller Menschen fördern und Maßnahmen gegen Mobbing und Diskriminierung beinhalten, vorantreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass das Recht auf Bildung frei von jeglicher Diskriminierung für alle Menschen garantiert wird.

9. Inwieweit wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die EU stärker Ihren Einfluss nutzt, um die Situation von LSBTTIQ* weltweit zu verbessern und z.B. gegen Menschenrechtsverstöße, systematische Diskriminierung oder die Verhängung der Todesstrafe usw. vorzugehen?

Wir GRÜNE treten für eine Welt ein, in dem jeder Mensch frei leben kann – unabhängig von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Die EU hat bisher schon viel für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung getan. Auch in Deutschland wäre es ohne die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU nicht gelungen, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz durchzusetzen. Die EU-Grundrechtecharta enthält ein Verbot der Diskriminierung wegen der „sexuellen Ausrichtung“. Nichts desto trotz ist es auch in Europa noch ein langer Weg, um das von der EU formulierte Ziel, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu schaffen, für alle Menschen und Gruppen Wirklichkeit werden zu lassen. Wir fordern eine europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und gleichgeschlechtlicher Ehen und Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung ihrer Rechte als ersten Schritt auf dem Weg zur Öffnung der Ehe in ganz Europa. Wir wollen, dass in allen EU-Staaten Vornamen- und Personenstandsänderungen durch einen unkomplizierten Verwaltungsakt ermöglicht werden, da eine Geschlechtszugehörigkeit nur von den betreffenden Menschen selbst

festgelegt werden kann. Wir stehen aber nicht nur in ganz Europa an der Seite der LSBTIQ* und stellen uns den Angriffen gegen ihre Gleichberechtigung entgegen. Wir engagieren uns auch im Zuge der gemeinsamen Außenpolitik der EU sowie in der Entwicklungszusammenarbeit für ihre Rechte und wollen ihnen bei

Verfolgung in der EU Schutz und Asyl bieten. Wir wollen, dass die EU in ihrer Außen-, Handels- und Menschenrechtspolitik als Garantin der Grundrechte und Grundfreiheiten auftritt. Die EU-Forderung von gemeinsamen Projekten in Grenzregionen muss die Themen Vielfalt und Antidiskriminierung miteinschließen. Auch gegenüber ihren Dialogpartner*innen in aller Welt muss die EU immer betonen: Die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität ist eine schwere Verletzung der universellen Menschenrechte. Dies werden wir auch weiter in unserer Politik von der EU einfordern.

10. Wie plant Ihre Partei die Aufnahme, die Anerkennung, die Integration und den Schutz von geflüchteten bzw. asylsuchenden LSBTTIQ* in der EU zu verbessern? Wie stehen Sie diesbezüglich zur Frage „sicherer Drittländer“, z.B. in Afrika, wo Homosexuelle und Trans* in starkem Maß von Diskriminierung betroffen sind und aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung kriminalisiert und verfolgt werden?

Das europäische Asylrecht wird derzeit revidiert. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Verfolgung aufgrund von Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung europaweit als Fluchtgrund anerkannt wird. Das Konzept der „sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten“ ist aus unserer Sicht das falsche Instrument. Wir halten das Prinzip für falsch. Die Menschenrechtslage in Ländern wie Algerien, Marokko oder Tunesien ist nicht „sicher“, so sind Lesben und Schwule, aber auch Journalist*innen oder regionale Minderheiten staatlicher Verfolgung ausgesetzt. Die Einstufung als „sicherer Herkunftsstaat“ beschränkt die Rechte von Schutzsuchenden im Asylverfahren, macht die Verfahren aber nicht schneller und ist reine Symbolpolitik.

11. Welche weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von LSBTTIQ* auf EU-Ebene plant Ihre Partei?

Wir setzen uns für eine „LGBTI Roadmap“ ein, die bisher vernachlässigte Themen beinhaltet, wie zum Beispiel das Mainstreaming der Rechte von

trans- und intersexuellen Menschen. Wir haben dazu bereits eine Anhörung im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments organisiert. Außerdem haben wir eine parlamentarische Anfrage zu diesem Thema initiiert und setzten uns dafür ein, dass sich das Plenum des Europäischen Parlaments damit befasst.

AfD

- 1. Wird sich Ihre Partei für die Anerkennung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare bzw. der Eingetragenen Lebenspartnerschaft in allen EU-Ländern einsetzen?**
- 2. Welche Verbesserungen für Regenbogenfamilien auch hinsichtlich der Unterstützung zur Gründung solcher plant Ihre Partei auf EU-Ebene?**

(Fragen gemeinsam beantwortet)

Die AfD hält am Begriff der Ehe als der Gemeinschaft von Mann und Frau fest. Die Ehe in diesem Sinne steht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Daher lehnen wir das Konzept der "Ehe" für gleichgeschlechtliche Paare oder der "Ehe für alle" ab. Die "eingetragene Lebenspartnerschaft" für gleichgeschlechtliche Paare kann hingegen auch aus unserer Sicht ein Weg sein, um gleichgeschlechtliche Beziehungen rechtlich anzuerkennen und abzusichern.

Die AfD steht einer weiteren Zuständigkeitsausweitung der EU im Allgemeinen und einer EU-Sozial- und Familienpolitik im Besonderen überaus kritisch gegenüber. Familienpolitik ist nach unserer Überzeugung Aufgabe der einzelnen Mitgliedstaaten und soll dies auch bleiben.

- 3. Unterstützt Ihre Partei Pläne, in die EU-Rechtsvorschriften ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung aufzunehmen?**

Diskriminierung hat in einem Rechtsstaat nichts zu suchen. Nach unserer Überzeugung sind die Regelungen unseres Rechtsstaates hinreichend ausdifferenziert, um Diskriminierung rechtlich entgegnetreten zu können.

- 4. Unterstützt Ihre Partei Initiativen für ein EU-weites Verbot sogenannter „Konversionstherapien“, in denen Homosexualität entgegen der Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weiterhin als behandlungsbedürftige Störung oder Krankheit angesehen wird?**
- 5. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Trans*- und Inter*-Personen in der EU strebt Ihre Partei an? Werden Sie sich z.B. für eine Verbesserung von Beratungsangeboten, für die Vereinfachung der Formalitäten zur Personenstandsänderung für Trans*-Personen und für ein EU-weites Verbot medizinisch unsinniger, geschlechtszuweisender Zwangs-Operationen bei intersexuellen Kindern einsetzen? (Fragen gemeinsam beantwortet)**

Auch wenn Homosexualität nicht als "Störung" oder Krankheit anzusehen ist und geschlechtszuweisende Zwangsoperationen bei intersexuellen Kindern klar abzulehnen sind, scheint uns eine Politik der Aufstellung weitergehender Verbote kontraproduktiv zu sein. Verbote durch die EU in solchen gesellschaftspolitischen Bereichen sehen wir zudem prinzipiell kritisch, auch weil es der Politik der EU nach wie vor an demokratischer Legitimation mangelt und wir hier keine rechtliche Kompetenz der EU sehen.

- 6. Wie wird sich Ihre Partei für einen verbesserten EU-weiten Schutz von LGBTTIQ*-Personen vor Hassverbrechen einsetzen?**

Im Rechtsstaat müssen alle Personen den Schutz des Rechts gleichermaßen erfahren. Das deutsche Strafrecht hat sich diesbezüglich in der Theorie bewährt und wird von uns als ausreichend angesehen. Zudem ist der Begriff des Hassverbrechens ein zu unbestimmter Begriff, der der Rechtssicherheit nicht förderlich ist. Wir sehen allerdings im Bereich des Strafrechts allgemein ein massives Vollzugsdefizit, welches jedoch nicht europapolitisch, sondern nur nationalstaatlich geklärt werden kann.

- 7. Inwieweit wird sich Ihre Partei auf EU-Ebene für eine verbesserte gesundheitliche Aufklärung, Prävention und medizinische Versorgung von LSBTTIQ* einsetzen (Z.B. auch: HIV- und HEP-Therapien, Zugang zu Verhütungsmitteln und Medikamenten, Suchtprävention)?**

Aufklärung, Prävention, Zugang zu Verhütungsmitteln etc. für LSBTTIQ-Personen sind begrüßenswert. Wir sehen diesbezüglich zuvörderst die einzelnen Mitgliedstaaten, nicht die EU in der Pflicht.

8. Welche EU-weiten Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz von Vielfalt der Geschlechteridentitäten und der sexuellen Orientierungen plant Ihre Partei in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und Kultur?

Wir halten eine den Realitäten und Verhältnissen entsprechende Aufklärung über Geschlechter und sexuelle Orientierungen natürlich für notwendig. Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht lehnen wir aber ebenso entschieden ab wie die ideologische Beeinflussung durch das 'Gender-Mainstreaming'. Wir sind im Übrigen der Überzeugung, dass die imperative Art und Weise, mit der in den letzten Jahren 'Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz' umgesetzt wurden, kontraproduktiv sind.

9. Inwieweit wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die EU stärker Ihren Einfluss nutzt, um die Situation von LSBTTIQ* weltweit zu verbessern und z.B. gegen Menschenrechtsverstöße, systematische Diskriminierung oder die Verhängung der Todesstrafe usw. vorzugehen?

Den Einsatz der EU für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit befürworten wir grundsätzlich. Wir sehen aber auch, dass eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Grundlage für ein gewichtigeres Eintreten der EU selbst wäre, aller Schönfärberei zum Trotz weitgehend an den divergierenden Interessen der Mitgliedstaaten gescheitert ist. Zudem haben wir zur Kenntnis zu nehmen, dass über den Schutzbereich von Menschenrechten wie auch zu den Anforderungen an Rechtsstaatlichkeit selbst innerhalb der EU zum Teil deutlich unterschiedliche Vorstellungen existieren. Diese lassen sich nach den Organisationsprinzipien der Europäischen Union nicht vereinheitlichen, wenn man es mit der Volkssouveränität als Grundlage für einen demokratischen Verfassungsstaats ernst meint. Letzteres tun wir.

10. Wie plant Ihre Partei die Aufnahme, die Anerkennung, die Integration und den Schutz von geflüchteten bzw. asylsuchenden LSBTTIQ* in der EU zu verbessern? Wie stehen Sie diesbezüglich

zur Frage „sicherer Drittländer“, z.B. in Afrika, wo Homosexuelle und Trans* in starkem Maß von Diskriminierung betroffen sind und aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung kriminalisiert und verfolgt werden?

Die geltenden Regeln des bestehenden Asyl- und Flüchtlingsrechts auf EU- wie auf nationaler Ebene sind geeignet, auch aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgte Menschen zu schützen. Wir setzen uns bekanntermaßen für die Beseitigung von Abschiebungshindernissen ein, statt bereits seit langem fehlgeschlagene Integrationsrituale der etablierten Politik zu unterstützen. Unsere Position dient dabei auch der Beseitigung von Gefahren, die beispielsweise von fundamental-islamistischen religiösen Fanatikern nicht zuletzt für homo- und transsexuelle Menschen ausgehen. Aus den gleichen Gründen lehnen wir auch die aktuelle Appeasement-Politik gegenüber islamistischen Gemeinden ab.

11. Welche weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von LSBTTIQ* auf EU-Ebene plant Ihre Partei?

Die AfD steht nicht für eine Ausweitung der EU in alle denkbaren Politikfelder. Wir wollen die EU vielmehr wieder zu der funktionsfähigen supranationalen Organisation entwickeln, die sie Ende der achtziger Jahre war und in welcher der Konsens die Differenzen der Mitgliedsstaaten deutlich überwiegen konnte.

Wo Benachteiligungen und Diskriminierungen stattfinden, muss diesen mit den Mitteln des Rechtsstaates entgegengetreten werden. Der Rechtsstaat ist jedoch nach wie vor überall in der EU mit dem Nationalstaat identisch, woran sich nach unserer Überzeugung nichts ändern wird.

FDP

1. Wird sich Ihre Partei für die Anerkennung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare bzw. der Eingetragenen Lebenspartnerschaft in allen EU-Ländern einsetzen?

Für uns Freie Demokraten gibt es keine Partnerschaften erster, zweiter oder sonstiger Klasse. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften übernehmen genau die gleiche Verantwortung füreinander und haben die gleichen Pflichten wie

verschiedengeschlechtliche. Daraus resultiert für uns Freie Demokraten die logische Schlussfolgerung, dass sie auch europaweit die gleichen Rechte haben sollten. Deshalb halten wir alle EU-Mitgliedsstaaten ausdrücklich dazu an, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen. Bis diese Forderung umgesetzt ist, setzen wir uns mittelfristig für einen Rechtsrahmen ein, in dem bereits geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen in allen anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union anerkannt werden.

2. Welche Verbesserungen für Regenbogenfamilien auch hinsichtlich der Unterstützung zur Gründung solcher plant Ihre Partei auf EU-Ebene?

Liebe und Kinderwunsch sind die persönlichsten Entscheidungen im Leben von Menschen. Der Staat sollte sich aus diesen intimen Angelegenheiten heraushalten und freie Entscheidungen ermöglichen, sofern sie ethisch vertretbar sind. Mit der Umsetzung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare untrennbar verbunden ist die Forderung nach der Möglichkeit für diese Paare, gemeinsam Kinder zu adoptieren. Wir Freie Demokraten möchten alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dazu bewegen, beides umzusetzen.

Neben der Möglichkeit einer Adoption wollen wir gleichgeschlechtlichen Paaren auch in ganz Europa den Zugang zur nicht kommerziellen Leihmutterschaft sowie zur Reproduktionsmedizin ermöglichen.

3. Unterstützt Ihre Partei Pläne, in die EU-Rechtsvorschriften ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung aufzunehmen?

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Verankerung des Verbots der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes ein, da die bisherige Formulierung die sexuelle Identität bisher ausklammert. Weiterhin unterstützen wir die Forderung nach einer analogen Regelung auf europäischer Ebene, um dem Gesetzgeber keine Möglichkeit zur Ungleichbehandlung aufgrund der sexuellen Identität mehr zu geben.

4. Unterstützt Ihre Partei Initiativen für ein EU-weites Verbot sogenannter „Konversionstherapien“, in denen Homosexualität entgegen der Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weiterhin als behandlungsbedürftige Störung oder Krankheit angesehen wird?

Mit dem von uns Freien Demokraten auf deutscher sowie europäischer Ebene unterstützten Verfassungsgrundsatz bezüglich des Schutzes vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität ist jede Form von Zwangstherapien rechtlich nicht vereinbar, wird darüber hinausgehend grundsätzlich durch uns Freie Demokraten abgelehnt und muss rechtlich verfolgt werden. Folgerichtig begrüßen und unterstützen wir Initiativen für ein EU-weites Verbot sogenannter „Konversionstherapien“.

5. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Trans*- und Inter*-Personen in der EU strebt Ihre Partei an? Werden Sie sich z.B. für eine Verbesserung von Beratungsangeboten, für die Vereinfachung der Formalitäten zur Personenstandsänderung für Trans*-Personen und für ein EU-weites Verbot medizinisch unsinniger, geschlechtszuweisender Zwangs-Operationen bei intersexuellen Kindern einsetzen?

Die Europäische Union muss ein Raum sein, in dem Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität ausgeschlossen ist. Um dies zu erreichen, wollen wir zunächst Verantwortliche in allen europäischen Gremien für die besonderen Belange von trans-und intergeschlechtlichen Menschen sensibilisieren.

Akzeptanz in der Arbeitswelt wollen wir durch die Förderung der Etablierung eines ganzheitlichen Diversity Managements erreichen. Hierfür sollen alle europäischen Institutionen konkrete Vorschläge zur Umsetzung erarbeiten, um eine Vorbildwirkung auch für Arbeitgeber aus dem privatwirtschaftlichen Bereich zu erreichen. Das Personenstandsrecht der Mitgliedsstaaten bedarf einer gemeinsamen Grundlage. Wenn hier kurzfristig keine einheitliche Regelung möglich ist, so müssen zumindest Entscheidungen der Mitgliedsstaaten zur dritten Geschlechtsoption diskriminierungsfrei in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union respektiert werden. Dies erfordert schon die Freizügigkeit innerhalb des Binnenmarkts.

Die Frage nach geschlechtsverändernden Operationen berührt das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Patienten und Ärzten, welches sich einer politischen Bewertung entzieht. Selbstverständlich muss aber jeder medizinische Eingriff mit dem ausdrücklichen Einverständnis des Patienten und

stets zu dessen Wohl erfolgen. „Medizinisch unsinnige Zwangs-Operationen“ lehnen wir daher entschieden ab.

6. Wie wird sich Ihre Partei für einen verbesserten EU-weiten Schutz von LGBTTIQ*-Personen vor Hassverbrechen einsetzen?

Rechtsakte der Europäischen Union, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen aus Sicht von uns Freien Demokraten auch Homo- und Transphobie umfassen. Das gilt auch für Regelungen zu Hassverbrechen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität engagieren, stärker als heute bedarfsorientiert von der Europäischen Union gefördert werden. Weiterhin wollen wir mit Unterstützung der Europäischen Union ein ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt voranbringen, um eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen. Beides wirkt gewaltpräventiv und somit potentiell auch gegen Hassverbrechen.

Generell ist die Gewaltprävention nach der Aufgabenverteilung innerhalb der Europäischen Union zunächst Aufgabe der Mitgliedsstaaten. Sie können hier nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

7. Inwieweit wird sich Ihre Partei auf EU-Ebene für eine verbesserte gesundheitliche Aufklärung, Prävention und medizinische Versorgung von LSBTTIQ* einsetzen (Z.B. auch: HIV- und HEP-Therapien, Zugang zu Verhütungsmitteln und Medikamenten, Suchtprävention)?

Der diskriminierungsfreie Zugang zu allgemein zugänglichen Gesundheitsdienstleistungen sollte analog der geltenden Antirassismus-Richtlinie durch eine Richtlinie der Europäischen Union garantiert werden. Darüber hinaus liegt die Gesundheitspolitik insbesondere hinsichtlich der Erstattung von Leistungen in der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten. Grundsätzlich setzt unser Verständnis von selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern aber einen uneingeschränkten Zugang zu gesundheitlicher Aufklärung, Prävention und medizinischer Versorgung voraus. Dies gilt für LSBTI sowie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen.

8. Welche EU-weiten Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz von Vielfalt der Geschlechteridentitäten und der sexuellen Orientierungen plant Ihre Partei in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und Kultur?

Bildungsinhalte müssen die gesellschaftlichen Lebensrealitäten widerspiegeln. Wir Freie Demokraten halten Homo- und Transphobie für genauso wenig akzeptabel wie Rassismus und Antisemitismus. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Insbesondere mit konkreten Maßnahmen für Bildung, Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger sollen Toleranz und Akzeptanz gesamtgesellschaftlich gestärkt werden. Die Schulpolitik ist jedoch nationale Aufgabe, in Deutschland sogar Ländersache. Die Kompetenzen der Europäischen Union sind hier sehr beschränkt. Die Europäische Union kann insbesondere keinen Zugang von Schulaufklärungsprojekten in Schulen erzwingen. Allerdings kann sie flankierend tätig werden.

Wie zuvor dargestellt, wollen wir Freie Demokraten, dass Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität engagieren, stärker als heute bedarfsorientiert von der Europäischen Union gefördert werden. Das umfasst auch Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Schulaufklärung. Vor allem muss die Europäische Union darauf hinwirken, dass die altersadäquate Schulaufklärung nicht durch „Homopropaganda-Gesetze“ eingeschränkt wird. Ein entsprechendes Gesetz in Litauen schränkt unter dem Deckmantel des Jugendschutzes die Meinungsfreiheit inakzeptabel ein. Solche Regelungen lehnen wir Freie Demokraten in aller Deutlichkeit ab.

9. Inwieweit wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die EU stärker Ihren Einfluss nutzt, um die Situation von LSBTTIQ* weltweit zu verbessern und z.B. gegen Menschenrechtsverstöße, systematische Diskriminierung oder die Verhängung der Todesstrafe usw. vorzugehen?

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte und lehnen jegliche Versuche ab, deren Anwendbarkeit zu

relativieren. Wir setzen uns für eine innerhalb Deutschlands, der Europäischen Union und mit den Mitgliedsstaaten abgestimmten Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) ein. Dabei stehen wir für eine wertebasierte Entwicklungspolitik mit einem starken Fokus auf die Stärkung der Menschenrechte. Das beinhaltet für uns selbstverständlich auch die Rechte von LSBTI und Menschenrechtsaktivisten, die sich für die Belange von LSBTI einsetzen. Ihre Arbeit wollen wir in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen unterstützen. Wenn wir feststellen, dass es in Partnerländern zu Strafverschärfungen gegen LSBTI kommt, ist die Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit Nichtregierungsorganisationen vor Ort auf den Prüfstand zu stellen, die Budgethilfe zu streichen und gegebenenfalls die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen zu beenden. Auch außerhalb von Entwicklungspartnerschaften wollen wir uns stets für die Rechte und den Schutz von LSBTI stark machen. Eine Stärkung der gemeinsamen Außenpolitik der Europäischen Union würde den Einfluss Europas als Stimme der Menschenrechte in der Welt voranbringen.

10. Wie plant Ihre Partei die Aufnahme, die Anerkennung, die Integration und den Schutz von geflüchteten bzw. asylsuchenden LSBTTIQ* in der EU zu verbessern? Wie stehen Sie diesbezüglich zur Frage „sicherer Drittländer“, z.B. in Afrika, wo Homosexuelle und Trans* in starkem Maß von Diskriminierung betroffen sind und aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung kriminalisiert und verfolgt werden?

Menschen, die glaubhaft machen, dass sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität in ihrem jeweiligen Herkunftsland verfolgt werden, haben selbstverständlich einen Anspruch auf Schutz in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist uns ein Anliegen, diese zivilisatorische Errungenschaft, die in unserem Grundrecht auf Asyl und internationalen Vereinbarungen der Genfer Flüchtlingskonvention ihren Ausdruck finden, zu bewahren. Bei Asylbewerbern aus den festgelegten sicheren Herkunftsstaaten muss in der Praxis sichergestellt werden, dass sie ihre individuelle Verfolgung in der verkürzten Frist glaubhaft machen können. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, dass es für besonders vulnerable Personen, wie zum Beispiel LSBTI, besondere Beratungsstellen gibt, damit gewährleistet ist, dass diese von der Möglichkeit eines regulären Asylverfahrens Gebrauch machen können.

In Nordrhein-Westfalen ist dies mit unserem liberalen Flüchtlingsminister Joachim Stamp bereits gelebte Praxis. Wir wollen, dass dies bundesweit die Regel wird. Auch bei einem einheitlichen Asylrecht der Europäischen Union, das wir anstreben, muss dies Standard werden. Entsprechende Beratungsstellen müssen flächendeckend eingerichtet werden und mit ausreichend geeignetem Personal ausgestattet werden. Auch bei externen Übersetzern muss sichergestellt werden, dass sie keine LSBTI-feindlichen Einstellungen haben, welche die Betroffenen einschüchtern.

11. Welche weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von LSBTTIQ* auf EU-Ebene plant Ihre Partei?

Neben den bereits genannten Themen setzen wir Freie Demokraten uns für die konsequente Einbeziehung von LSBTI-Rechten als Kriterium für den Beitrittsprozess von potentiellen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein. Wir Freie Demokraten werden im Europäischen Parlament aktiv darauf hinarbeiten, jede Form der Diskriminierung gegenüber LSBTI zu bekämpfen und abzubauen, sachliche Aufklärung unionsweit zu ermöglichen und zu fördern, Menschenrechtsverletzungen an LSBTI zu sanktionieren und ein Europa der Vielfalt zu schaffen – mit Einsatz in den Ausschüssen, im Plenum, in der Intergroup und in unserer Öffentlichkeitsarbeit. Dies ist Kernbestand unserer Bürger- und Menschenrechtspolitik und folgt unserem Leitbild, Selbstbestimmung in allen Lebenslagen voranzubringen.

Auf der Bundesliste der Freien Demokraten zur Europawahl kandidieren vier offen homosexuelle Kandidaten auf den ersten 16 Plätzen. Wir arbeiten also nicht nur für die Interessen von der LSBTI-Community, wir repräsentieren sie auch. Allein deshalb können Sie davon ausgehen, dass die Freien Demokraten bei den Rechten von LSBTI hör- und sichtbar sein werden

PIRATEN

1. Wird sich Ihre Partei für die Anerkennung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare bzw. der Eingetragenen Lebenspartnerschaft in allen EU-Ländern einsetzen?

Ja. Was hier in Deutschland einen langen Weg hinter sich hat und erwießenermaßen niemandem Nachteile bringt, soll in allen europäischen Staaten in

allen Aspekten gelten. Dies gilt genauso für Gesetzgebungen in anderen Staaten, die die gleichen Folgen aufzeigen.

2. Welche Verbesserungen für Regenbogenfamilien auch hinsichtlich der Unterstützung zur Gründung solcher plant Ihre Partei auf EU-Ebene?

Wir würden anregen, dass Regenbogenfamilien die gleichen Vergünstigungen bekommen, wie es konventionellen Familien zu Teil wird. So fordern wir beispielsweise in Deutschland die Umwandlung des Familiensplittings in eines, was Lebensgemeinschaften jeglicher Art fördert.

3. Unterstützt Ihre Partei Pläne, in die EU-Rechtsvorschriften ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung aufzunehmen?

Ja, hier gilt unsere Antwort aus 1. Mit dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz gibt es in Deutschland eine Norm, die die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität zumindest im arbeitsrechtlichen Bereich ausschließen soll. Auch dies soll europäische Norm werden. Eine Erweiterung auf die sonstigen Lebensbereiche streben wir an.

4. Unterstützt Ihre Partei Initiativen für ein EU-weites Verbot sogenannter „Konversionstherapien“, in denen Homosexualität entgegen der Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weiterhin als behandlungsbedürftige Störung oder Krankheit angesehen wird?

Ja, als Partei, die auf Faktenbasis Entscheidungen trifft, unterstützen wir die Haltung der WHO.

5. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Trans*- und Inter*-Personen in der EU strebt Ihre Partei an? Werden Sie sich z.B. für eine Verbesserung von Beratungsangeboten, für die Vereinfachung der Formalitäten zur Personenstandsänderung für Trans*-Personen und für ein EU-weites Verbot medizinisch unsinniger, geschlechtszuweisender Zwangs-Operationen bei intersexuellen Kindern einsetzen?

Ja, die vorgeschlagenen Maßnahmen werden wir unterstützen. Des Weiteren setzen wir uns für umfassende Aufklärungsprojekte ein, die dem Abbau von Vorurteilen dienen.

6. Wie wird sich Ihre Partei für einen verbesserten EU-weiten Schutz von LSBTTIQ*-Personen vor Hassverbrechen einsetzen?

Hassverbrechen sind in jedem Fall Verbrechen gegen Menschen und sind zu verurteilen, egal gegen wen sie sich richten. Es bedarf der konsequenten und unterschiedslosen Durchsetzung des Rechts in allen Fällen. Wir fordern eine Erfassung der spezifischen Motive, um daraus zukünftige Schritte abzuleiten und gezielte Gegenmaßnahmen zu formulieren.

Homo- und Transphobie muss entschieden entgegengetreten werden, ebenso wie allen anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dafür gilt es Vorurteile abzubauen und das Miteinander zu fördern. Generell fordern wir, die Gewaltprävention an Schulen und in gesellschaftlichen Einrichtungen zu intensivieren. Entsprechende Aufklärungsprogramme werden wir fordern und unterstützen.

7. Inwieweit wird sich Ihre Partei auf EU-Ebene für eine verbesserte gesundheitliche Aufklärung, Prävention und medizinische Versorgung von LSBTTIQ* einsetzen (Z.B. auch: HIV- und HEP-Therapien, Zugang zu Verhütungsmitteln und Medikamenten, Suchtprävention)?

Wir setzen uns für eine umfassende Ausbildung und Aufklärung aller im Gesundheitssystem Arbeitenden ein. Gleichzeitig fordern wir die Abschaffung diskriminierender Richtlinien und eine Neufassung bestehender Gesetze (z.B. Transsexuellengesetz + Geschlechtsangleichende Operationen bei Kindern). Hier kann der Weg nur über den für Gesundheitsfragen zuständigen litauischen EU-Kommissar Vytenis Andriukaitis führen, der einen entsprechenden Richtlinienentwurf in Absprache mit der EU-Kommission in das Europaparlament einbringt. Dies würden wir versuchen.

8. Welche EU-weiten Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz von Vielfalt der Geschlechteridentitäten und der sexuellen Orientierungen plant Ihre Partei in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und Kultur?

Wir stehen für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik und diese muss bereits bei der frühen Bildung beginnen. Deshalb setzen wir uns für umfangreichen Sexualkunde- und Ethikunterricht, sowie Aufklärungsarbeit ein, die verschiedene Lebensstile gleichberechtigt präsentieren.

Hier müsste über den für Bildung und Kultur zuständigen EU-Kommissar Tibor Navracsics aus Ungarn ein Richtlinienentwurf in das EU-Parlament eingebracht werden, der inhaltliche Vorgaben für die Aufstellung entsprechender nationaler oder wie in Deutschland bundeslandspezifischer Bildungs-Gesetze macht. Leider gehört dieser einer Partei an, die – vorsichtig gesagt – ausgesprochen konservativ ist.

9. Inwieweit wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die EU stärker Ihren Einfluss nutzt, um die Situation von LSBTTIQ* weltweit zu verbessern und z.B. gegen Menschenrechtsverstöße, systematische Diskriminierung oder die Verhängung der Todesstrafe usw. vorzugehen?

Wir fordern weltweite Anerkennung und Schutz selbstbestimmter geschlechtlicher oder sexueller Identität bzw. Orientierung und betrachten Verfolgung aller Menschen aufgrund der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung als Unrecht. Dies gilt uneingeschränkt auch für die Verteidiger dieser Rechte. Handelsverträge, die mit Staaten abgeschlossen werden sollen, oder die bereits existent sind, die nicht einmal die ultimativen Grundrechte der Menschheit beachten, wollen wir aufkündigen bzw. die Zustimmung verweigern. Über die wirtschaftliche Lage lässt sich immer noch das meiste erreichen. Leider.

10. Wie plant Ihre Partei die Aufnahme, die Anerkennung, die Integration und den Schutz von geflüchteten bzw. asylsuchenden LSBTTIQ* in der EU zu verbessern?

Verfolgung aufgrund der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung ist Unrecht. Wenn solche Verfolgung im Herkunftsland offiziell oder inoffiziell von staatlicher oder nichtstaatlicher Seite betrieben wird, muss sie als Asylgrund anerkannt werden, ohne dass ein weiterer Nachweis notwendig ist.

Wie stehen Sie diesbezüglich zur Frage „sicherer Drittländer“, z.B. in Afrika, wo Homosexuelle und Trans* in starkem Maß von Diskriminierung betroffen sind und aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung kriminalisiert und verfolgt werden?

Das Konzept der "sicheren Drittländer" lehnen wir grundlegend ab. Es gibt viele Länder, in denen es eine Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität, des Glaubens oder anderer individueller Aspekte gibt, die hier kein Problem darstellen. Dies nicht anerkennen zu wollen zeigt die Kurzsichtigkeit der etablierten Politik.

11. Welche weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von LSBTTIQ* auf EU-Ebene plant Ihre Partei?

Neben der Aufklärung an Schulen, fordern wir, dass LSBTTIQ* in Zukunft auch in der Ausbildung von Staatsangestellten thematisiert wird und Möglichkeiten zur Fortbildung geschaffen werden. Des Weiteren fordern wir die Schaffung von Beratungsstellen für LSBTTIQ*-Menschen die von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind. Menschenrechte, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung von LSBTTIQ* sind im Fundament unserer Partei verankert und dafür treten wir ganz selbstverständlich auch im Parlament ein. Eine Zusammenarbeit mit Gruppen, die LSBTTIQ* und deren Rechte diskriminieren, ist für uns ausgeschlossen.

Zusammenfassung

Aspekte	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	AfD	FDP	Piraten
1. Ehe für alle							
2. Verbesserungen für Regenbogenfamilien							
3. Diskriminierungsverbot							
4. Verbot sogenannter „Konversions-therapien“							
5. Verbesserung der Situation von Trans*- und Inter*-Personen, <u>Verbot geschlechtszuweisender Zwangs-Operationen</u>							
6. Schutz von LSBTTIQ*-Personen vor Hassverbrechen							
7. Verbesserte gesundheitliche Aufklärung, Prävention und medizinische Versorgung von LSBTTIQ*							
8. Förderung der Akzeptanz von Vielfalt in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und Kultur							
9. Verbesserung der Situation von LSBTTIQ* weltweit							
10. Aufnahme, Anerkennung, Integration und Schutz von geflüchteten bzw. asylsuchenden LSBTTIQ*							
11. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von LSBTTIQ*							

MACH MIT!

Du möchtest Dich selbst für LSBTIQ* in Thüringen engagieren oder unsere Aktivitäten mit einer Spende unterstützen?

Vielfalt Leben – QueerWeg Verein für Thüringen e.V.

www.queerweg.de

Weitere **Informationen** zu uns & unseren Aktivitäten gibt es auf unserer Internetseite.
.Spenden sind steuerlich absetzbar.